

Der Präsident teilt einleitend mit, dass Marcel Krucker (SVP) aus gesundheitlichen Gründen per sofort aus dem Parlament zurücktritt.

20.1

Verselbstständigung Technische Betriebe; 2. Lesung

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Dezember 2002 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Bericht des Stadtrates betreffend die rechtliche Verselbstständigung der Technischen Betriebe Gossau wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Es wird der 1. Nachtrag zur Gemeindeordnung vom 10. Dezember 1998 gemäss Beilage erlassen.*
3. *Es wird ein Reglement über die Versorgung der Stadt Gossau mit Energie (Energierglement) gemäss Beilage erlassen.*
4. *Es wird ein Reglement über die Versorgung der Stadt Gossau mit Wasser (Wasserreglement) gemäss Beilage erlassen.*
5. *Das Aktienkapital der Technischen Betriebe AG Gossau von Fr. 7'000'000.-- wird durch die Stadt Gossau gezeichnet. Es wird durch eine Bareinlage von Fr. 100'000.-- und durch Sacheinlagen von Fr. 6'900'000.-- vollständig liberiert.*
6. *Der Aktiengesellschaft wird ein nach kaufmännischen Grundsätzen zu verzinsendes Darlehen in der Höhe von maximal Fr. 18'000'000.-- gewährt.*
7. *Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht auf Grund von Art. 9 GO dem obligatorischen Referendum.*
8. *Die Beschlüsse gemäss Ziffer 3 und 4 unterstehen auf Grund von Art. 10 und 48 GO, derjenige gemäss Ziffer 5 auf Grund von Art. 10 lit. f) GO gemeinsam dem fakultativen Referendum.*
9. *Falls der Beschluss gemäss Ziffer 2 nicht rechtsgültig wird, entfallen die Beschlüsse gemäss Ziffer 3-6.*
10. *Die von den Technischen Betrieben bisher sichergestellte öffentliche Beleuchtung, das Entsorgungswesen und der Betrieb der Sportanlagen verbleiben bei der Stadt.*

Weiter liegen in der Fassung vom 17. Juni 2003 folgende Unterlagen vor:

- Gemeindeordnung 1. Nachtrag
- Energierglement
- Wasserreglement

Eintretensdiskussion

Albert Lehmann (CVP) erstattet den Bericht der Vorberatenden Kommission. Die Kommission hat den Anträgen des Stadtrates mit 5 zu 1 Stimmen (bei einer Abwesenheit) zugestimmt. Innerhalb der Kommission wurde insbesondere auch der allfällige Verkauf von Aktienpaketen geprüft. Ein solcher Verkauf wäre nur möglich mit Zustimmung des Parlamentes, weil die Aktien sich im Verwaltungsvermögen der Stadt befinden würden und ein Verkauf budgetiert werden müsste. Die Vorlage ist heute ausgereift und bildet eine sehr gute Grundlage. Dem städtischen Haushalt werden auch in Zukunft umfangreiche Mittel aus den Technischen Betrieben zufließen in Form von Konzessionsabgaben und Kapitalzinsen. Steuerpflichtig ist einzig der darüber hinaus gehende Reingewinn der Aktiengesellschaft. In der Schweiz sind viele Bahnen als Aktiengesellschaft geführt und gewährleisten einen sicheren Betrieb. Auch viele Wasser- und Energieversorgungsgesellschaften sind privatrechtlich organisiert. Die Versorgungssicherheit ist deswegen nicht gefährdet.

Die Vorberatende Kommission stellt folgende Anträge:

1. *Der Bericht des Stadtrates betreffend die rechtliche Verselbstständigung der Technischen Betriebe Gossau wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Es wird der 1. Nachtrag zur Gemeindeordnung vom 10. Dezember 1998 gemäss Beilage erlassen.*

3. *Es wird ein Reglement über die Versorgung der Stadt Gossau mit Energie (Energierglement) gemäss Beilage erlassen.*
4. *Es wird ein Reglement über die Versorgung der Stadt Gossau mit Wasser (Wasserreglement) gemäss Beilage erlassen.*
5. *Das Aktienkapital der Technischen Betriebe AG Gossau von Fr. 7'000'000.-- wird durch die Stadt Gossau gezeichnet. Es wird durch eine Bareinlage von Fr. 100'000.-- und durch Sacheinlagen von Fr. 6'900'000.-- vollständig liberiert.*
6. *Der Aktiengesellschaft wird ein nach kaufmännischen Grundsätzen zu verzinsendes Darlehen in der Höhe von maximal Fr. 18'000'000.-- gewährt.*
7. *Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht auf Grund von Art. 9 GO dem obligatorischen Referendum.*
8. *Die Beschlüsse gemäss Ziffer 3 und 4 unterstehen auf Grund von Art. 10 und 48 GO, derjenige gemäss Ziffer 5 auf Grund von Art. 10 lit. f) GO gemeinsam dem fakultativen Referendum.*
9. *Falls der Beschluss gemäss Ziffer 2 nicht rechtsgültig wird, entfallen die Beschlüsse gemäss Ziffer 3-6.*
10. *Die von den Technischen Betrieben bisher sichergestellte öffentliche Beleuchtung, das Entsorgungswesen und der Betrieb der Sportanlagen verbleiben bei der Stadt.*
11. *Die neue Gesellschaft heisst „Stadtwerke AG Gossau“*
12. *Der Stadtrat wird beauftragt und ermächtigt, die redaktionellen Anpassungen gemäss den Anträgen an den Vorlagen vorzunehmen.*

Benno Koller (SVP) fragt sich, weshalb die Stadt einen derart profitablen Betrieb ausgliedern soll. Das Vertrauen in Aktiengesellschaften ist massiv gesunken. Die Stimmbürger würden dem Geschäft kaum zustimmen, die Ängste sind ernst zu nehmen. Die Vorteile einer Ausgliederung überwiegen die Nachteile nicht. Er beantragt im Namen der Fraktion Nichteintreten.

Hildegard Manser (LdU/SP) ist überzeugt, dass eine Verselbstständigung heute keinen Sinn macht. Was würde sich ändern? Die neue AG würde 250'000 Franken Steuern an den Kanton abliefern, und die Betriebskommission würde durch den Verwaltungsrat ersetzt. Sie stellt im Namen der Fraktion Antrag auf Nichteintreten.

Claudia Meier-Uffer (FLIG) stellt die Frage, was sich seit der 1. Lesung verändert haben soll. Warum hat die SVP nicht schon früher den Antrag auf Nichteintreten unterstützt? Für sie hat sich die Ausgangslage nicht geändert.

Thomas Hürlimann (CVP) stellt ebenfalls die Frage nach dem Rückzieher der SVP. Mit einer Verselbstständigung würde unternehmerischer Spielraum geschaffen, würde die Flexibilität höher, und würden die Werte dennoch im Besitz der Stadt bleiben. Die Fraktion möchte starke und zukunftsgerichtete Stadtwerke und empfiehlt Eintreten. Der Rückzieher der SVP wird nicht verstanden.

Stefan Schmid (LdU/SP) weist darauf hin, dass in Wil die Vorlage im Parlament gescheitert ist und in St. Gallen der Stadtrat die Vorlage zurückgezogen hat. Er vertritt die Auffassung, dass die Vorlage vor dem Volk scheitern wird, weil die Bevölkerung heute eine tiefere Risikobereitschaft hat.

Hanspeter Fröhlich (FDP) beantragt Eintreten. Die Mehrheit der Fraktion unterstützt die Vorlage. Mit der Verselbstständigung wird die Flexibilität höher, und die Gewinnabführung bleibt weiter gewährleistet.

Stadtpräsident Alex Brühwiler möchte die Entscheidung dem Volk überlassen, also sollte das Parlament auf die Vorlage eintreten. Immerhin haben 46 % der Gossauer Stimmberechtigten dem Elektrizitätsmarktgesetz zugestimmt.

Albert Lehmann, Präsident der Vorberatenden Kommission, versteht nicht, weshalb die SVP dem Volk die Entscheidung über dieses Geschäft vorenthalten will.

Paul Egger (CVP) versteht die Versorgungssicherheit nicht als eine Frage der Rechtsform. Die Zeit für Veränderungen ist nie optimal.

Abstimmung über Eintreten

Das Stadtparlament stimmt mit 19 Ja und 9 Nein für Eintreten.

Detailberatung Gemeindeordnung 1. Nachtrag

Die Diskussion wird nicht gewünscht

Schluss-Abstimmung zu Antrag 2 des Stadtrates (1. Nachtrag zur Gemeindeordnung):

Dem 1. Nachtrag zur Gemeindeordnung wird mit 19 Ja und 7 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Detailberatung Energiereglement

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Schluss-Abstimmung zu Antrag 3 des Stadtrates (Energiereglement):

Dem Energiereglement wird mit 19 Ja und 7 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Detailberatung Wasserreglement

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Schluss-Abstimmung zu Antrag 4 des Stadtrates (Wasserreglement):

Dem Wasserreglement wird mit 19 Ja und 7 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 1 des Stadtrates (Kenntnisnahme vom Bericht)

Dem Antrag wird mit 19 Ja und 6 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 5 des Stadtrates (Aktienkapital 7 Mio. Franken)

Dem Antrag wird mit 18 Ja und 9 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 6 des Stadtrates (Darlehen 18 Mio. Franken)

Dem Antrag wird mit 18 Ja und 8 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 7 des Stadtrates (Referendum obligatorisch)

Dem Antrag wird mit 18 Ja und 5 Nein bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 8 des Stadtrates (Referendum fakultativ)

Dem Antrag wird mit 18 Ja und 5 Nein bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 9 des Stadtrates (Vorbehalt)

Dem Antrag wird mit 20 Ja und 5 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Schluss-Abstimmung über Antrag 10 des Stadtrates (Verbleib bei Stadt)

Dem Antrag wird mit 19 Ja und 7 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Martin Keller (CVP) stellt folgende Zusatzanträge:

Der Stadtrat als Vertreter der Aktionäre ist dafür besorgt, dass

- 1. die Besoldung der Geschäftsleitung der zukünftigen Stadtwerke AG Gossau in etwa der Besoldungspraxis der Amtsleiter entspricht;*
- 2. dass die Verwaltungsrats honorare offengelegt werden.*

Stefan Schmid (LdU/SP) versteht dieses Misstrauen nicht. Warum sagt man dann nicht konsequent Nein zur Vorlage?

Roman Weibel (FLiG) stellt folgende Zusatzanträge:

- 1. Der höchste Lohn innerhalb der Stadtwerke AG Gossau darf max. 10 % höher sein als der höchste Lohn gemäss Personalreglement der Stadt Gossau.*
- 2. Die Stadtwerke AG Gossau veröffentlichen jährlich die Bezüge (Lohn, Entschädigungen usw.) des Verwaltungsrates in globo.*
- 3. Aktien der Stadtwerke AG Gossau dürfen nicht an gewinnorientierte Unternehmen verkauft werden, sondern lediglich an Körperschaften, Unternehmen, Institutionen aus dem Nonprofit Bereich.*

Stadtpräsident Alex Brühwiler hält dazu fest, dass die Festlegung der Besoldungsklassen nicht dem Parlament zusteht. Die Besoldung der Geschäftsleitung wird durch den Verwaltungsrat festgelegt, der Stadtrat kann dabei seinen Einfluss indirekt geltend machen. Der Stadtrat wird das Besoldungs-Anliegen des Parlamentes aufnehmen, eine rechtliche Bindung scheint allerdings fraglich. Die Veröffentlichung der VR-Bezüge sichert der Stadtrat zu. Betreffend Antrag 3 würde sich das Parlament unnötig binden. Der allfällige Verkauf von Aktien wird ohnehin (via Budget) im Kompetenzbereich des Parlamentes liegen. Details sollen dann festgelegt werden, wenn ein Verkauf aktuell würde.

Beschlüsse zu den Zusatzanträgen:**Antrag 1 Keller und Antrag 1 Weibel** (unter Vorbehalt der Rechtmässigkeit)

Der Antrag Weibel wird angenommen.

Antrag 2 Keller und Antrag 2 Weibel

Die sachlich identischen Anträge werden angenommen.

Antrag 3 Weibel

Der Antrag wird abgelehnt.

20.2

Garderoben Buechenwaldhalle; Kredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 9. Januar 2003 mit folgendem Antrag:

Für den Bau neuer Garderoben bei der Buechenwaldhalle wird ein Baukredit von 1'320'000 Franken inkl. MwSt. erteilt.

Eintretensdiskussion

Johnny Ochsner (FDP) erstattet den Bericht der Baukommission. Die Baukommission hat festgestellt, dass das Projekt unter dem Sparwillen des Stadtrates gelitten hat, und die Anliegen der Benutzer nicht in allen Teilen abgedeckt. Innerhalb der Baukommission wurde Rückweisung an den Stadtrat diskutiert. Schliesslich hat sie sich entschieden, die Detailplanung und den Kostenvoranschlag selbst zu überarbeiten. Gegenüber der Grundlage sind die Garderoben/Duschenräume sowie der Gang vergrössert und neue Raumeinteilungen gewählt worden. Durch diese Änderungen ergeben sich Mehrkosten von 280'000 Franken. Allfällige Varianten mit Alternativenergie würden 159'600 Franken (Abwasser-Wärmerückgewinnung) resp. 103'900 Franken (Solare Wassererwärmung) kosten. Die Baukommission stellt folgenden Antrag:

Für den Bau neuer Garderoben bei der Buechenwaldhalle wird ein Baukredit von 1'600'000 Franken inkl. MwSt. erteilt.

Stefan Schmid (LdU/SP) unterstützt den Antrag der Baukommission. Er empfindet die Mehrkosten für Alternativenergie als hoch, solche Massnahmen sollten aber bei einem künftigen Projekt geprüft werden.

Urs Kempter (CVP) stimmt dem Antrag der Baukommission zu. Das Projekt deckt die Bedürfnisse ab.

Franziska Burch (CVP) unterstützt den Antrag der Baukommission ebenfalls. Viele Vereine werden von diesem Projekt profitieren.

Hanspeter Fröhlich (FDP) empfindet die Vorlage als gute Investition in die Jugendarbeit.

Ruedi Zingg (CVP) unterstützt das Projekt der Baukommission. Die Nutzung von Alternativenergien sollten nicht immer auf das nächste Projekt verschoben werden. Die Energiestadt Gossau hat hier eine Verantwortung. Er stellt den Antrag, den Kredit um 103'900 Franken zu erhöhen für die Realisierung einer solaren Wassererwärmung.

Detaildiskussion

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Für den Bau neuer Garderoben bei der Buechenwaldhalle wird ein Baukredit von 1'600'000 Franken inkl. Mehrwertsteuer erteilt.
2. Für die Realisierung einer solaren Wassererwärmung wird ein Zusatzkredit von 103'900 Franken erteilt.

20.3

Florastrasse/Tellstrasse, Erneuerung Kanalisation; Baukredit

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2003 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erneuerung der Kanäle Florastrasse und Tellstrasse wird ein Kredit von Fr. 734'670.-- gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Eintretensdiskussion

Stadtrat Kurt Züblin stellt zu den folgenden drei Kanalbauvorlagen fest, dass nach den Kanalbauarbeiten die Strassen möglichst ohne Flickstellen sein sollen. Die Dimensionierung der Kanaldurchmesser ergibt sich aus dem Generellen Entwässerungskonzept und ist jeweils auf eine Voll-Überbauung gemäss Zonenplan ausgelegt. Während der Bauarbeiten werden die Zufahrten zu den Liegenschaften möglichst gewährleistet.

Albert Lehmann (CVP) stellt zu allen Vorlagen die Frage nach Beginn und Ende der Bauzeit, nach der Verkehrsführung während der Bauzeit und nach der Erreichbarkeit der Einkaufsmöglichkeiten.

Detalldiskussion

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

20.4

Wilerstrasse, Erneuerung Kanalisation; Baukredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 24. April 2003 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erneuerung der Kanäle Wilerstrasse wird ein Kredit von Fr. 836'450.- gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Eintretensdiskussion

Stadtrat Kurt Züblin erläutert das Verkehrskonzept während der Bauarbeiten. Für die Etappe Gröbliplatz bis Gerenstrasse ist eine Einbahnregelung via Gerenstrasse vorgesehen, für die restliche Etappe eine Einbahnregelung mit Lichtsignalanlage.

Erika Schweiss (LdU/SP) stellt die Frage nach der Kostenteilung auf Stadt, Technische Betriebe und Kanton und nach den Gründen für die Abweichungen zum Budget: Wilerstrasse 40% teurer und St.Gallerstrasse (ohne Seitenkanäle) 30% günstiger.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass jeder Beteiligte seine Kosten anteilig übernimmt. Eine gemeinsame Ausführung der Arbeiten ist am günstigsten. Die Tiefbaupreise sind tiefer geworden.

Ruedi Zingg (CVP) weist darauf hin, dass bei Bauvorhaben die Kostenvoranschläge regelmässig höher liegen als die Abrechnungen.

Detaildiskussion

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

20.5**St. Gallerstrasse, Kanalisation Gröbliplatz - Sonnenstrasse sowie Seitenanschlüsse; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Juni 2003 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erneuerung des Kanals Gröbliplatz - Sonnenstrasse sowie der Seitenanschlüsse zwischen Sonnenstrasse-Bachstrasse wird ein Kredit von Fr. 410'000.- gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Eintretensdiskussion

Ruedi Zingg (CVP) stellt fest, dass in der Vorlage der Seitenanschluss Friedeggstrasse fehlt. Nach seinen Kenntnissen ist dieser zu klein. Er stellt Antrag auf Rückweisung der Vorlage und Aufnahme dieses Anschlusses.

Martin Keller (CVP) fragt, ob die Gestaltungs-Massnahmen auf der St. Gallerstrasse zu Mehrkosten führen werden.

Stefan Schmid (LdU/SP) empfindet das Projekt Stadtentwicklung als wichtige Randbedingung für diese Kanalbauvorlage. Er beantragt Verschiebung der Vorlage.

Stadtrat Kurt Züblin beantragt, den Kredit heute zu erteilen, damit die Stadt in zeitlicher Hinsicht handlungsfähig wird. Die Kanalbauarbeiten sollten realisiert sein, bevor der Kanton die St. Gallerstrasse saniert. Der Anschluss Friedeggstrasse wird geprüft und bei Bedarf realisiert. Ein Mehrkredit von 20'000 Franken würde genügen. Gestaltungsmaßnahmen auf der St. Gallerstrasse sind abhängig vom Ergebnis des Stadtentwicklungskonzeptes, zeitlich können diese Massnahmen nicht definiert werden. Der Sanierungsbedarf der Strasse ist aber dringend.

Ruedi Zingg (CVP) ist mit diesem Vorgehen einverstanden und zieht den Rückweisungsantrag zurück.

Detaildiskussion

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen des Stadtrates wird zugestimmt mit einem Zusatzkredit von 20'000 Franken für den allfälligen Anschluss Friedeggstrasse.

20.6

Interpellation Paul Egger (CVP) "Mehr Sicherheit im Zentrum"; Antwort des Stadtrates

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 5. Juni 2003.

Paul Egger (CVP) ist im Grundsatz zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Er beantragt die Diskussion.

Die Diskussion wird beschlossen.

Roman Weibel (FLiG) stellt fest, dass vermehrt Lastwagen durch Andwil-Arnegg verkehren, was nicht richtig ist. Er vermisst Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs im Zentrum (zu schmale Mittelinseln und Einspurstrecken, gefährliche Parkplätze auf St. Gallerstrasse). Im Rahmen der Stadtentwicklung soll der Stadtrat die Idee Koexistenz auf der St. Gallerstrasse aufnehmen. Die Haldenstrasse ist trotz Radweg mit Autos belegt, vor dem Coop fehlt das Buswartehäuschen.

Patrick Scheiwiler (CVP) fehlen konkrete Aussagen des Stadtrates. Welches wären die Folgen, wenn der Kanton die Massnahmen auf der St. Gallerstrasse nicht realisieren würde? Mit der geplanten Überbauung Haldenstrasse und Bischofszellerstrasse würde eine Zentrums-Umfahrung Nord verbaut. Der Stadtrat soll das Verkehrskonzept weiter vorantreiben mit der geplanten Sanierung der St. Gallerstrasse, soll die Option für eine Nordumfahrung des Zentrums offen lassen, und kreative neue Massnahmen für den Langsamverkehr entwickeln.

Paul Egger (CVP) wollte nicht eine grundsätzliche Verkehrsdebatte und Massnahmenliste erzeugen. Der Zeitpunkt für grosszügige Massnahmen in den 60-er Jahren wurde verpasst, Sofortmassnahmen müssen nun realisiert werden. Dazu eignen sich die vorgesehenen Sanierungsarbeiten auf den Staatsstrassen. Gossau soll bei dieser Gelegenheit seine Bedürfnisse selbstbewusst anmelden.

Stadtrat Alex Brühwiler orientiert, dass Gossau seine Bedürfnisse durchaus anmeldet (Markierung Kernfahrbahnen, Autobahnsignalisation Industrie, Autobahnanschluss Gossau Ost). Sind im übrigen die Bedürfnisse von Gossau und die gewünschten Nutzungen definiert? Die Resultate aus dem Stadtentwicklungskonzept müssen diesbezüglich abgewartet werden.

Albert Lehmann (CVP) warnt davor, mit Massnahmen zu warten, bis die heutigen Nutzungen verschwunden sind.

20.7

Interpellation Hanspeter Fröhlich "Einbahnverkehr"; Antwort des Stadtrates (mündlich)

Grundlage ist die Interpellation vom 6. Mai 2003.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass die Wilerstrasse und die St. Gallerstrasse für die nächsten 3 Jahre eine dauernde Baustelle bilden wird. Der Stadtrat hat einen Fachmann mit der Prüfung des Postulates Einbahnverkehr beauftragt. Ein Entwurf seines Berichtes liegt derzeit beim damaligen Postulanten und heutigen Interpellanten zur Stellungnahme. Nach Eingang der Stellungnahme wird der Stadtrat das Postulat beantworten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) bestätigt, dass der Berichtsentwurf vorliegt. Beim Einreichen der Interpellation Einbahnverkehr war ihm nicht bekannt, dass der Stadtrat die Beantwortung des Postulates Einbahnverkehr schon weit bearbeitet hat.

Aus zeitlichen Gründen werden folgende Geschäfte nicht mehr behandelt:

- Gemeindeordnung, 2. Nachtrag (Ombudsstelle); Einsetzung vorbereitende Kommission
- Leitsätze der Stadtentwicklung, Berichterstattung 2002; Genehmigung

20.8

Neue Parlamentarische Vorstösse

- a) Einfache Anfrage Roland Seiler (SVP) „Benützung von öffentlichen Anlagen“
- b) Interpellation Paul Egger (CVP) „Untersuchungsrichteramt / Jugendanwaltschaft Gossau“

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. Juli 2003 genehmigt.

Hubert Fülleemann
Präsident

Toni Inauen
Stadtschreiber